

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Behalt für den Kapp-Putsch.

Die Begründung für das Lüttwig-Urteil.

Begreiflicherweise ist ein starkes Interesse dafür vorhanden, die Begründung des Urteils kennenzulernen, wodurch das Landgericht Berlin III in Zivilsachen der Klage des Vutshgenerals Lüttwig gegen das Reichswehrministerium (in Wahrheit gegen die Reichskasse) zum großen Teile stattgegeben hat.

Die schriftliche Urteilsausfertigung liegt noch nicht vor, aber es kann bereits mitgeteilt werden,

daß die Klage des Lüttwig zunächst das Gehalt für die Tage des Kapp-Putsches bis zum 1. April 1920 und dann für das sogenannte Gnadenvierteljahr verlangte.

das nach der damals gefeierten Regelung bei Entlassung aus dem Reichswehrdienst noch gezahlt wurde. Das Reichswehrministerium als Beklagter stellte sich auf den Standpunkt, daß es zur Zahlung nicht verpflichtet sei, weil Lüttwig sich von seiner Truppe entfernt und sich — anderweitig betätigt habe, wofür er doch nicht noch Gehalt vom Reiche beanspruchen könne.

Das Landgericht Berlin III hat aber Lüttwig recht gegeben und ausgesprochen, daß jene Gehaltsbezüge in demselben Maße wie die allgemeine Aufwertung aufzuwerten seien. Gegen dieses Urteil hat nun, wie bereits bekannt, das Reichswehrministerium die Berufung an das Kammergericht erhoben und wird dort den Standpunkt vertreten, daß weder eine Gehaltszahlung für Lüttwig's Putsch-tätigkeit noch für ein Gnadenvierteljahr in Frage komme, zumal

seither diese gnadenweise Nachzahlung von drei Monaten auf einen Monat herabgesetzt worden ist.

Gehalt für die Tage des Kapp-Putsches und das Gnadenvierteljahr!

Gehalt für den Kapp-Putsch. Für den Verrat und die Untreue, für die wirtschaftliche Schädigung und die Zerstörung von Menschenleben, die damit verbunden war. Gehalt für die Anführung eines Haufens von Meuterern.

Das Gericht, das dem Verräter Lüttwig Rechtsanspruch auf Gehalt für die Tage des Kapp-Putsches bescheinigt, weiß nicht, was es getan hat. War denn etwa der Kapp-Putsch eine legale Aktion der Reichswehr? Will das Gericht etwa Präzedenzfälle schaffen? Geht es von der politischen Anschauung aus, daß jede Aktion von Reichswehroffizieren Verfassungsrecht schaffe?

Dann das Gnadenvierteljahr. Ausgerechnet. Gnadenvierteljahr für den Deserteur und Meuterer Lüttwig.

Wenn etwas — von allem politischen abgesehen — gegen die guten Sitten verstößt, so diese Forderung des Kapp-Putschisten Lüttwig. Was müssen das für merkwürdige Richter sein, die dies Urteil gefällt haben? Die Empörung über die Lüttwig-Frohheit darf die Richter nicht vergessen, die dies Urteil gefällt haben. Sind sie deutschnational, sind sie völkisch? Wie kommen sie zu diesem Urteil?

Es ist mit formaljuristischer Verbohrtheit nicht zu erklären. Die Deffentlichkeit muß sich diese Richter ansehen.

Der Einbruch in Nicaragua.

Der Kampf der Demokratie gegen den Imperialismus

Als die Republik Kolumbien im Jahre 1903 den Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über den Kanalbau in der Provinz Panama abgelehnt hatte, brach in Panama eine „Revolution“ aus. Die amerikanische Marine bewachte damals strenge Neutralität, die darin bestand, daß man die kolumbischen Regierungstruppen am Ueberschreiten eines 50-Meilen-Bannkreises um Panama herum verhinderte. Die auf diese Weise durch die amerikanische Marine sorgfältig bewachte Revolution in Panama mußte unter diesen Umständen siegen. Panama wurde zur selbständigen Republik ausgerufen und von der amerikanischen Regierung schon nach vier Tagen anerkannt. Seitdem ist Panama nichts anderes als ein amerikanischer Besitz — unter dem Schein der Selbstständigkeit. Dasselbe Schicksal war jetzt auch Nicaragua zugedacht. Die amerikanische Marine erschien wieder auf der Bildfläche, um die durch den Bürgerkrieg angeblich bedrohten amerikanischen Bürger zu schützen; wieder sollte die „strenge Neutralität“ dazu benutzt werden, um der einen Regierung zugunsten einer anderen die Zurückeroberung der Macht unmöglich zu machen. Dieses Mal scheint es aber mit einem einigengeschlagenen Erfolg zu geschehen. Trotz amerikanischer Unterstützung hat der konservative — d. h. der von den Vereinigten Staaten vorgeschobene — Präsident Diaz eine vollkommene Niederlage erlitten. Trotz der „Neutralität“ der amerikanischen Marine haben die Liberalen die Macht, auf die sie alle verfassungsmäßigen Ansprüche haben, wieder erobern können. In diesem kleinen Lande mit einer kaum drei Viertel Million starken Bevölkerung scheint der amerikanische Imperialismus den Kürzeren ziehen zu sollen.

Das Schicksal Panamas wurde schon mehreren anderen „unabhängigen“ Staaten von Mittelamerika, wie Kuba, Haiti, Portoriko und San Domingo zuteil. Alle Staaten zwischen Mexiko und Kolumbien gerieten in den letzten zwanzig Jahren, wenn nicht unter das Protektorat, so doch unter die finanzielle und politische Kontrolle der Vereinigten Staaten. Nicaragua selbst war schon seit 1913 nichts anderes als ein amerikanischer Vasallenstaat, in dessen Hauptstadt 100 amerikanische Marinesoldaten bis August 1925 die „Ordnung“ aufrecht erhielten. Diese hundertköpfige Marinemannschaft war die entscheidende Macht in Nicaragua, da man — wie ein nikaraguanischer Politiker einmal bemerkt hat — hinter diesem Hundert weitere 100 000 Soldaten und hinter diesen Tausenden die gesamte 100 Millionen starke amerikanische Bevölkerung sah. Die verschwindend kleine Abordnung der gigantischen Macht Amerika bewirkte, daß es in Nicaragua keine freien Wahlen gab, daß die konservative Regierung bis zum Jahre 1924 am Ruder blieb, obwohl, wie der kommandierende Offizier der Marineabteilung seiner Regierung berichtete, drei Viertel der Bevölkerung des Landes hinter der liberalen Opposition standen. Diese konservative Regierung schloß mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag, der diesen das ausschließliche Recht auf einen Kanalbau in Nicaragua gab. Abgesehen von dem allgemeinen Ziel, die Herrschaft in ganz Mittelamerika zu gewinnen, war es für die Vereinigten Staaten schon um dieses Rechtes willen außerordentlich wichtig, die Herrschaft über Nicaragua aufrechtzuerhalten. Amerika kann nicht zulassen, daß etwa eine andere Großmacht durch das Gebiet von Nicaragua einen Konkurrenzkanal baut, der den Panamakanal strategisch und wirtschaftlich völlig entwertet würde.

Ist es also klar, daß es sich für die Vereinigten Staaten um keine Bagatellen, sondern um durchaus wichtige Dinge handelt, so ist es schwer zu verstehen, warum die Vereinigten Staaten vor zwei Jahren die freien Präsidentschaftswahlen zugelassen haben; es war doch vorauszu-sehen, daß diese den Vorämpfern der Unabhängigkeitsbewegung, den Liberalen zum Sieg verhelfen würden. Jedenfalls fand vor einigen Wochen die Revolution des Generals Chomorro gegen den liberalen Präsidenten Solozano letzten Endes im amerikanischem Interesse statt; zweifellos hätte sie ohne die geheime amerikanische Hilfe auch einen zeitweiligen Erfolg nicht gehabt. Die Vereinigten Staaten konnten zwar nicht Chomorro selbst als Präsidenten anerkennen, da sie feierlich verpflichtet sind, keinen Präsidenten eines mittelamerikanischen Landes anzuerkennen, der durch einen Gewaltstreich zur Macht kam. Deshalb ließen sie — nachdem die Liberalen zur Flucht genötigt waren! — einen anderen konservativen Führer, Diaz, durch den Kongreß zum Präsidenten wählen und diesen Präsidenten erkannte die amerikanische Regierung an. Rückschauend läßt sich jetzt sagen, daß es bequemer gewesen wäre, den früheren Zustand, der bis vor zwei Jahren herrschte, dauernd aufrechtzuerhalten. Jetzt ist es für die Vereinigten Staaten nicht nur eine Interessen-, sondern auch eine Prestigefrage, daß ihre Interventionen nicht mit einem kläglichen Fiasko abschließt. Und das um so mehr, als die Vereinigten Staaten jetzt einen Gegen-spieler in Mexiko gefunden haben. Mexiko hat die Liberalen in Nicaragua unterstützt und ihren Führer Salsola anerkannt, der, nach der Abdankung Solozanos, als gewählter Vizepräsident, verfassungsmäßig bis zu den Wahlen 1928, an seine Stelle hätte treten sollen. Wenn dieser ganze Kampf gegen Mexiko für die Vereinigten Staaten nicht zuletzt ein Kampf um die politische Vorherrschaft in Mittelamerika ist, so bedeutet die letzte amerikanische Schlappe in Nicaragua ein gewaltiger Prestigegegnis für Mexiko und damit auch

Die sächsische Regierungsfrage.

Keine Lösung in Sicht.

Der erweiterte Vorstand der Sozialistischen Partei Sachsens hat am Montag folgende Entschlieung gefaßt:

„Die USPD hält nach wie vor die große Koalition für die beste Lösung der sächsischen Regierungsfrage. Indessen ist diese Lösung infolge der Weigerung der entscheidenden Parteien verbaut. Der USPD erscheint unter diesen Umständen eine Regierung der Mitte als der zurzeit politisch mögliche Ausweg.“

Eine Regierung der Mitte in Sachsen hat keine Mehrheit. Die Ministerpräsidentenwahl vom 11. Januar wird also wieder negativ ausgehen.

Das Anschlußlabel.

Eröffnung der neuen Verbindung Berlin—Wien.

Wien, 4. Januar. (TL.) Der neue Fernkabelverkehr Deutsch-land—Oesterreich wurde heute vormittag durch einen Festakt in der Hofburg feierlich eröffnet. Auf Einladung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr waren dazu der Bundespräsident Ha inisch, der Bundeskanzler Seipel sowie die Vertretungen der auswärtigen Staaten, außerdem die Spitzen sämtlicher bundesstaatlichen und sonstigen Behörden in Wien nebst den führenden Männern von Handel, Industrie und Presse erschienen. Von der Deutschen Reichspost, die gemeinsam mit der österreichischen Verwaltung das Kabel gebaut hat, war Reichspostminister Dr. Stingl, begleitet von Herren des Reichspostministeriums, der Einladung gefolgt. Auch die an den Arbeiten auf deutscher Seite beteiligten Kabelwerke usw. hatten ihre leitenden Direktoren zu der Eröffnungsfeier entsandt.

Der Festakt wurde um 10.15 Uhr durch Gespräche auf dem neuen Kabel zwischen dem Bundespräsidenten Ha inisch und dem Reichspräsidenten von Hindenburg eröffnet, deren Wortlaut hier folgt:

Herr Reichspräsident! Ich eröffne die Benützung der neu-erbauten Fernkabellinie Wien—München mit dem Ausdruck meiner persönlichen Verehrung und den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen. Ich spreche meine aufrichtige Befriedigung über die glückliche Vollendung dieses gemeinsamen Wertes unserer Verwaltungen aus und erwarte mit Zuversicht, daß der neue Verkehrsweg seine Aufgabe, den Fernsprechverkehr zwischen Oesterreich und Deutschland zu verbessern und neue Sprechbeziehungen mit anderen Staaten zu ermöglichen, in vollem Maße erfüllen wird.“

„Herr Bundespräsident! Für die freundliche Begrüßung bei der Eröffnung der neu erbauten Fernkabellinie Wien—München und für die meiner Person geltenden Wünsche danke ich verbindlichst und erwidere sie auf das herzlichste. Es darf uns und unsere Verwaltungen mit besonderer Freude erfüllen, daß das Jahr 1927, welches uns das 50-jährige Jubiläum der Einführung des Fernsprechers in Europa bringt, mit der Vollendung dieses wichtigen Verkehrsweges zwischen Deutschland und Oesterreich beginnt. Möge das neue Kabel dazu dienen, den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen unseren Völkern noch enger zu gestalten, und möge es sich zu einem wichtigen Zwischenglied für den europäischen Gesamtverkehr entwickeln.“

Daran schloß sich ein Gesprächswechsel zwischen dem Bundeskanzler Dr. Seipel und dem Reichkanzler Dr. Marx. Marx sagte u. a.:

„Der durch das Kabel ermöglichte unbehinderte Austausch des gesprochenen Wortes auf weite Entfernungen wird nicht nur unseren Völkern zum Segen gereichen, sondern auch

einen Aufstakt bilden für die Befundung der europäischen Wirtschaft, deren Nervensystem das Nachrichtenetz bildet.“ Es folgten darauf noch mehrere Ansprachen. Der Generaldirektor der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung schloß seinen Vortrag über das neue Werk mit dem Spruch des Würzburger Dichters Hans Rosenplüt: „Arbeit ist der göttlichste Orden, der je auf Erden gestiftet ist worden.“

Niederländisch-Indien im Aufruhr.

Westsumatra nicht mehr in der Hand der Kolonialverwaltung.

Amsterdam, 4. Januar. (WLB.) Die heutigen Abendblätter enthalten ausführliche Meldungen über neue Vorgänge in Westsumatra. Hiernach handelt es sich um einen wohlvorbereiteten und über den größten Teil der Padangschen Oberlande ausgebreiteten Aufstand, in dessen Verlauf es bereits zu regelrechten Gefechten zwischen Polizei und Truppenabteilungen und den Aufständischen gekommen ist, die für beide Seiten, insbesondere aber für die Aufständischen, starke Verluste zur Folge hatten.

Anscheinend erstreckt sich die Aufstandsbevegung bis in die südlichen Teile der Insel Sumatra, da auch aus Palembang die Aufdeckung eines Aufstandsversuches gemeldet wird. Durch die Behörden sind hier zehn Kommunistenführer verhaftet worden, darunter ein Gemeinderatsmitglied. Die Behörden versichern, daß sie die Lage in Südsumatra beherrschen.

„Heller Aufruhr“ — verlustreiche Kämpfe.

Padang (Westsumatra), 4. Januar. (WLB.) Fast der ganze Distrikt Siloenglang befindet sich in hellem Aufruhr. In Siloenglang selbst sind von den Kommunisten ein holländischer Sirendenaufseher sowie vier eingeborene Lehrer ermordet worden. Ein Angriff der Aufständischen auf Sawahloente konnte abgeschlagen werden. Eine Autokolonne, auf der eine militärische Abteilung von Pandjang nach dem Aufstandsgebiet befördert wurde, wurde bei Padang Siloenglang von Kommunisten überfallen. Bei dem sich entwickelnden Gefecht wurden die Angreifer unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Aufständischen hatten etwa 30 Tote zu verzeichnen. Eine weitere Anzahl von Aufständischen wurde gefangen genommen. Auf holländischer Seite fiel ein Leutnant, während mehrere Soldaten verundet wurden.

Kororadja (Nordwestsumatra), 4. Januar. (WLB.) Bei einem Gefecht zwischen einer Militärabteilung und aufständischen Atjeh-Beuten an der Westküste des Atjehgebietes wurden zwei Aufständische getötet und vier gefangen genommen.

Zuviel Freiheit in Ungarn.

Generalverbot der Emigrantensliteratur.

Budapest, 4. Januar. (EP.) Dem offiziellen „Nacht-Uhr-Abendblatt“ zufolge beabsichtigt die Regierung durch Verordnung die literarische Produktion, namentlich jene der in der Emigration lebenden Ungarn, gewissen Einschränkungen zu unterwerfen. Danach soll es in Zukunft nur solchen Autoren erlaubt sein, literarische Werke in Ungarn zu veröffentlichen, deren politische Rechte nicht aufgehoben oder eingeschränkt sind. Die Verordnung richtet sich gegen die ungarischen Emigranten im Auslande, die verhindert werden sollen, ihre Werke in Ungarn zu verbreiten.

Wahrscheinlich war die Arbeit zu groß, jede dieser Veröffentlichungen besonders zu konstatieren, so macht man es in einem Aufwaschen.

für die gesamte nationale Bewegung in Mittelamerika; diese sieht in dem Kampf Mexikos gegen die unbegrenzte Herrschaft des ausländischen, vor allem des amerikanischen Kapitals, und gegen die mit dem ausländischen Kapital verschwisterte, und vorwiegend in der katholischen Kirche verkörperte innere Reaktion immer mehr einen Kampf um die Rechte und um die Freiheit aller mittelamerikanischen Staaten.

Als die Vereinigten Staaten im Jahre 1924 auf eine direkte Beeinflussung des politischen Lebens in Nicaragua verzichteten und ein Jahr später ihre hundertköpfige Besatzung zurückzogen, so geschah das zum Teil aus Rücksicht gegen die lateinamerikanischen Staaten, bei denen in letzter Zeit die brutalen Methoden des amerikanischen Imperialismus immer größeren Anstoß erregten. Nun droht den Vereinigten Staaten jedoch ein viel größerer Verlust an Ansehen als sie damals gewonnen haben. Wenn diese, für den amerikanischen Imperialismus so unglückliche Entwicklung nicht verhindert wurde, so liegt die Hauptursache darin, daß hinter den 100 Marinesoldaten in Nicaragua zwar noch 100 000 amerikanische Soldaten standen, aber nicht mehr die 100 Millionen der amerikanischen Bevölkerung. Die demokratische öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten selbst war es, die die imperialistische Politik der eigenen Regierung durchkreuzte. Nach dem Weltkriege fast durch und durch pazifistisch geworden, durch die Auswüchse des republikanischen Regimes nach dem Kriege stark gegen die „Dollarmacht“ und die „Dollarpolitik“ verstimmt, gegen die breiten Massen der Vereinigten Staaten die allerstärkste Abneigung gegen jede gewaltsame und imperialistische Expansionspolitik. Das ist eine Macht, gegen die weder die Petroleumkönige, noch andere kapitalistische „Könige“, die die Politik der amerikanischen Regierung bestimmen, etwas ausrichten können. Noch im Jahre 1920 haben die Gewerkschaften, als eine der vierzehn ihrer politischen Programmforderungen, die Forderung der Nichtparteilichkeit in Mexiko aufgestellt. Seitdem hat man es allmählich eingesehen, daß es den breiten Massen mit dieser Frage ernst ist. Wenn man in den letzten Monaten zur früheren Politik zurückkehren versuchte, so geschah es in der Hoffnung, daß die jetzige amerikanische Regierung sich durch ihren Kampf gegen die katholische Kirche kompromittiert habe, und daß man gegen die Liberalen in anderen mittelamerikanischen Staaten Stimmung machen könnte, indem man sie als Verbündete der merikanischen radikalen Regierung hinstelle. Das wurde auch gegenüber Nicaragua tatsächlich versucht. Die Rechnung stimmte jedoch nicht. Als die amerikanische Regierung ihre Aktion in Gang setzte, hat sie einsehen müssen, daß sie nicht nur keine genügende Unterstützung im eigenen Lande finden, sondern daß sie auf einen wachsenden Widerstand stoßen werde. Das alte Spiel mit den die „Neutralität“ währenden Truppen droht zu scheitern. Es bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als zu verzichten, mit allen Mitteln ihren Willen durchzusetzen oder aber gänzlich auf die Intervention zu verzichten. Die öffentliche Meinung im eigenen Lande nötigt die amerikanische Regierung, den zweiten Weg einzuschlagen. Bringt sie damit durch, so wäre zum erstenmal ein Vorstoß des amerikanischen Imperialismus mißlungen. Aber noch ist der Kampf zwischen dem Regierungsimperialismus und dem demokratischen Massenwillen in den Vereinigten Staaten nicht entschieden.

#### Ein Vorstoß der demokratischen Senatsopposition.

Washington, 4. Januar. Der demokratische Senator Wheeler hat im Senat eine Entschlüsselung eingebracht, in der die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Nicaragua gefordert wird, da Leben und Eigentum der Amerikaner niemals in Gefahr gewesen seien.

Der Vorstoß des demokratischen Senators ist nicht der erste Ausdruck der Opposition gegen die Sendung amerikanischer Truppen. Schon Borel, der republikanische Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, hatte bei dem Staatssekretär Bessop

und beim Präsidenten Coolidge Einspruch erhoben. Er war so weit gegangen, mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu drohen und hat nur unter der Bedingung auf einen Antrag auf diesen verzichtet, daß er die Zusage des Präsidenten erhielt, die Truppen würden wieder zurückgezogen werden. Diese Zusage ist nicht gehalten worden, und es sieht so aus, als ob Borel sich mit dem Vorgehen „seines“ Präsidenten abfinden will. Die Führung der Opposition gegen den Einbruch in Nicaragua ist daher von den unzufriedenen republikanischen auf die demokratischen Senatoren übergegangen.

Wie kritisch der Präsident Coolidge die Lage ansieht, ergibt sich daraus, daß er in einer der letzten Presseempfangs dringend um Milderung der Kritik bat und an die Tränenbrühe der nationalen Volksgemeinschaft appellierte!

### Das Wesen der Dinge.

#### Methoden und Ziel der Regierungsbildung.

Die kommenden Verhandlungen über die Regierungsbildung sind umgeben von einem dichten Nebel von Verstimmung, Verärgerung und zweckvoller Verdunkelung, hinter dem das wahre Wesen der Dinge zurücktritt. Die arithmetisch-parlamentarische Kombination, die an Namen und Gruppierungen anknüpft, beherrscht die Diskussion.

Durch den Nebel hindurch bringt ein Aufsatz des demokratischen Reichstagsabgeordneten Korell im „Berliner Tageblatt“. Er zeigt, daß es nicht auf den Nebel ankommt, sondern auf das, was dahinter ist:

„Je mehr sich die Kerzen nach dem Getöse der „offenen Feldschlacht“ beruhigt haben, um so mehr verstummen die Anklagen gegen einzelne Reden, Persönlichkeiten, Anträge, sie trügen die Schuld am Sturze des Kabinetts März und der dritten Weihnachtstriebe. Mag die Rede Scheidemanns im Tone falsch gewesen sein: die laute Entrüstung rührte doch von der stillen Freude her, die Sozialdemokraten für die Regierungsumbildung los zu sein. Und hätte die Scheidemannsche Rede überhaupt gehalten zu werden brauchen, wenn eine feste Mehrheit für eine Reform der Reichswehr, wie sie nachher der Kanzler in Aussicht stellte, vorhanden war?“

Schon hier erschließt sich als tiefster Grund der Krise der Mangel einer zuverlässigen Mehrheit, die öfters Rednern den Mund verschließt, weil sie sichere Reformen verbürgt. Zur festen Mehrheit aber gehört der Wille zu gemeinsamen Zielen. Korell stellt das eine der Ziele fest: Reform der Reichswehr. Wie steht es mit den übrigen Zielen? Korell fordert:

„Ob die große Koalition wirklich durch eine Rede oder eine Kantäne erledigt sei, wie behauptet wird, wäre erst noch zu beweisen. Der Beweis müßte aber von den Weimarer Parteien erbracht werden, die auf Grund eines auf Etablierte und Gesetze sich erstreckenden verbindlichen Arbeitsprogrammes die Deutsche Volkspartei vor die Entscheidung zu stellen hätten.“

Das heißt: die rechnerische und mit Namen jonglierende Kombination soll zurücktreten hinter der Diskussion über die sachlichen Fragen. Dazu ist erforderlich, daß in den Parteien der Weimarer Koalition der innere Wille zur sachlichen Verständigung vorhanden ist. Ein Block dieser Parteien, der sich auf ein festes Arbeitsprogramm stützt, würde in der Tat mindestens soziale Autorität und Festigkeit besitzen, wie jede andere der jetzt erörterten Kombinationen. Er könnte zu einer Lösung führen, die Korell zeigt:

„Der großen Koalition am nächsten kommt für uns die Weimarer Koalition — welche zwar kaum erörtert und für ganz unwahrscheinlich erklärt wird —, aber wenn das Zentrum will, warum soll es der Volkspartei nicht die Hilfsstellung zumuten dürfen, welche diese ihm für eine Minderheit der Rechten gemäß hält? Darf die Partei der „besseren Leute“ nicht auch einmal dienen? Müßten das bei der Außenpolitik nur die Proletariat? Neben der großen erscheint die Weimarer Koalition als die für Deutschlands große Aufgaben gegebene parlamentarische Arbeitsgemeinschaft: die

Außenpolitik bleibt konstant und klar, und ihre Einbeziehung der Sozialdemokratie in die sozialen und politischen Aufgaben der Nation ist am sichersten auf einem der beiden Wege zu erreichen.“

Wenn das Zentrum will — hier liegt ein wesentlicher Punkt. Die Tendenz der Rechten und der Volkspartei geht auf Isolierung der Sozialdemokratie. Dieser Tendenz dient die Aufregung über die Rede Scheidemanns, das Gerüde von der Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie. Hinter dieser Tendenz verschwinden die sachlichen Probleme. Durch diese Tendenz wird das Ziel verdunkelt und die Methode verwaschert.

Das Ziel: eine feste Mehrheit, gestützt auf ein sachliches Programm. Korell verweist auf die Reichswehrreform. Wir verweisen auf die Arbeitszeitfrage. Andere Probleme kommen hinzu.

Die Methode: sachliche Verständigung zunächst, dann erst die rechnerische und persönliche Kombination.

Das ist so klar und durchsichtig, daß es für alle Parteien der Weimarer Koalition einleuchtend sein sollte. Aber verborgene Kräfte, Klaffen, Resentiment, gefühlsmäßige Rechnungsträger gegenüber Stimmungen der „besseren Leute“ stehen der klaren, sachlichen Methode entgegen und verdunkeln das Wesen der Dinge.

Das ist es eben, daß die Tendenz, die Arbeiterschaft und ihre Vertretung unter dem bürgerlichen Gesichtspunkt der Vorkriegszeit zu behandeln, von der Volkspartei ausstrahlt und Resonanz gefunden hat auch links von der Volkspartei. Wenn diese Tendenz die Erörterung sachlicher Probleme in den Hintergrund drängt und die Parteien vergessen läßt, daß die sozialen Probleme der arbeitenden Volksmassen das Kernproblem der deutschen Politik sind, dann ist eine feste Mehrheitsbildung nicht möglich.

### Unzufrieden mit Hindenburg.

#### Die Völkischen enttäuscht.

Reichspräsident v. Hindenburg ist für seine völkereundliche Neujahrsansprache vom 1. Januar 1927 gelobt worden. Doch was dem einen ein Nachtrag ist, ist dem andern ein Miß, und so schreibt das völkische „Deutsche Tageblatt“:

Selbst wenn man in Betracht zieht, daß Hindenburg der Rücksicht auf seine Stellung unterworfen ist und daß derartige offizielle Empfänge von jeder von höflichen Phrasen beherrscht werden, ist es schlimm genug, daß sich ausgerechnet Herr von Gerlach auf ihn als seinen Kronzeugen berufen kann. Man könnte ja auch die politische Unerfahrenheit des bedeutenden Soldaten, die große Vertrauensseligkeit seines reinen Innern mildernd in Rechnung setzen, aber wie man sich auch dreht und wendet: es bleibt ein Rest, der peinlich ist zu tragen.

Herr v. Hindenburg ist in diesem Fall noch ziemlich glimpflich davongekommen. Die Völkischen haben ihre Gefühle ihm gegenüber gelegentlich schon ganz anders ausgedrückt.

Neuer Fall Münchmeyer. Der vor wenigen Monaten seines Amtes enthobene völkische Agitator auf Borkum B. v. Münchmeyer ist in neuester Zeit trotz aller gegenteiligen Versicherungen seinerseits die Hege gegen die Republik, ihre Farben und ihre Vertreter in Hindenburg fort. U. a. wird gemeldet, daß dieser ehemalige Pfarrer neuerdings auch den Reichsaussenminister Dr. Stresemann wieder auf die größlichste Art verunglimpft hat. Die zuständige Staatsanwaltschaft soll sich deshalb bereits mit einem neuen Strafverfahren gegen Münchmeyer befassen.

Mussolini beginnt eine neue Zeitrechnung. Mussolini hat an das italienische Unterrichtsministerium einen Erlaß gerichtet, wonach künftig alle amtlichen Schriftstücke dieses Ministeriums nach einer neuen Zeitrechnung datiert werden sollen. Das Jahr 1 beginnt mit dem 28. Oktober 1922, dem Datum, an dem Mussolini die Macht übernahm. Die Akten werden — man weiß nicht, ob vorläufig — außerdem mit den Daten der christlichen Zeitrechnung versehen.

## Der Zeremonienmeister.

Von Hermann Schühinger.

Der „feierliche Diplomatenempfang“ durch den Reichspräsidenten am Neujahrstag spukt schon seit einigen Tagen in den besten Köpfen der Republik umher. So mußte ein höchst lokales Demokratienblatt schon am Vorabend des großen Tages zu vermelden, daß unser Staatsoberhaupt die Veranstaltung im Reichspräsidentenpalais mit „allem Pomp“ vor sich gehen lassen werde. Neugalonisierte Diener in „Estarpins“ und der Stab des Zeremonienmeisters würden dabei eine Rolle spielen. Nach einigen bedauernden Worten über die „falsche Bescheidenheit“ des ersten Reichspräsidenten, der sich für solche Affären mit Gehrock und Halbstief, einem Sekretär und einem Kriminologen als genügend ausgerüstet betrachtete, und nach einigen Deklamationen, daß der Reichspräsident eben Reichspräsident sei und nicht mehr Sattler oder Feldmarschall, wird der neue Zeremonienmeister der Republik herzlich willkommen geheißen und lebhaft akklamiert.

Tatsächlich standen kürzlich vor der Freitreppe des Präsidentenpalais zwei Diener in graubrauner Viole, und die schwarzrotgoldenen Ähnen blühten feierlich auf, wenn der diensttuende Offizier mit lautem Gebrüll nach der Wache rief, um Herrn Kreftinski, Herrn de Margerie, Sir Linday und anderen „Erbsknechten“ durch den zeremoniellen Trommelwirbel seinen Gruß zu entbieten.

Im Vestibül aber standen die deutschen Diplomaten, zum erstenmal in feierlichem „Schiffstrad“ um den noch etwas schüchternen „Portier der Republik“. Und es klappt alles wie am Schnürchen — wie in Hollywood: Jupiterlampen blühen auf, Trommeln rasseln, Pfeifen quieksen, Bewehre stampfen, Autos laufen, Orden blühen, Federbüsche wackeln, Kommandos gelten.

Und der „gute Bürger“ reißt Maul und Augen auf vor Respekt, vom Lokalanzeiger bis zum Handelsmann der Tante Bosh, besetzt und bedudelt vom Latü-Latana der „repräsentativ“ gewordenen Republik!

Lassen wir ihnen das Theater, wenn's nun mal nicht anders geht! Zu Friedrich Eberts Zeiten haben die Maschinengewehre an sein „Palais“ gehämmert und kein Mensch beneidete ihn um die „Stratulationscour“ zu seinem 1. Januar!

Nur in einem Punkt möchte ich den Lobeshymnen auf den republikanischen Zeremonienmeister widersprechen: Die Idee dazu stammt sicherlich nicht von „Allen Herrn“, sondern von seiner vorsorglichen Adjutantur! Die Sehnsüchte des alten Offizierskorps haben ja bekanntlich im „Zeremonienmeister“ ihren Gipfel erlangt und jedes Regiment fühlte sich noch einmal so „vornehm“, wenn irgendein aktiver oder „zur Disposition gestellter“ Duodezführer in seiner Frühwintler-Residenz ihm nahe stand.

Der „Zeremonienmeister“ mit Stod und Hul aber war meistens die tomische Figur: irgendein abgetakteter Rittmeister mit klingendem

Ramen und guter Figur, der für die „Reitschule“ zu ungechickt und für die „Akademie“ zu dumm war, wurde meistens „Haus- oder Hofmarschall“ mit dem „Zeremonienmeister-Dezernat“. Tanzen mußte er können, saufen, und das Baden verbeihen, wenn ihn der „Böbel“ wie ein Wunder bestaunt! Dann war er ein gemachter Mann, vor allem bei Ihrer Durchlaucht, der Herzogin!

Niemand aber war so stolz über den — wie wir sagten — „Stafettenmajor“, wie das zur Staffage geladene Militär, das ja im Gefolge des Reichspräsidenten reichlich vertreten ist!

Der „Tri de Paris“ hat kürzlich in wenig freundlicher Form einen derartigen „Stafettenmajor“ in der Waskel unseres Staatsoberhauptes gezeichnet: Im Hintergrund unterhalten sich freundschaftlich Briand und Stresemann in vollendeter Bonhomie; vorn in der Ecke aber steht auf seinem Holzfigurenpodestament in starrer Postur ein „Stafettenmajor“ mit einer Fransure in der Hand, auf deren Fahnenstange die Worte „Deutschland über alles!“ und „Revanche“ stehen.

Briand aber neigt sich freundschaftlich zu Stresemann, faßt ihn am Westknopf und bläst ihm ermunternd den Zigarrenrauch ins Gesicht:

„Mensch, um eines bitt' ich Sie! Sorgen Sie, daß der da seine Trompete in Ruhe läßt!“

Wird gemacht! Unser „Stafettenmajor“ stößt ja nur mit dem Stod! Er bläst ja nicht!

#### Wird 1927 wieder ein Katastrophenjahr sein?

Beim Beginn des Jahres 1927 liegt die Frage nahe, ob auch dieses Jahr wieder ein Katastrophenjahr sein wird wie das Jahr 1926, in dem sich alle Naturgewalten verschworen hatten, den Menschen Schrecken, Tod und Verderben zu bringen. Noch am allerletzten Tage des Jahres wurde Kalkifornien durch ein heftiges Erdbeben erschüttert, so daß auch dieser Tag für Amerika verderblich war. Von allen Ländern und Erdteilen hatte Amerika im letzten Jahr am meisten zu erdulden, denn hier wurden durch Tornados, Wirbelstürme und Balkenbrüche ganze Städte weggerafft und Tausende von Menschenleben vernichtet. Der Tornado, der im November die Philippinen heimlich, forderte 300 Todesopfer und zerstörte die Stadt Batanga. Wenige Wochen vorher, am 20. September, wurden die beiden amerikanischen Luftstädte Miami und Palmach gleichfalls durch furchtbare Unwetter größtenteils vernichtet, wobei Hunderte von Menschen ihr Leben verloren und Millionenvermögen zugrunde gingen. Auch Deutschland hatte im vorigen Jahre unter ungewöhnlichen Witterungsverhältnissen zu leiden, und in aller Erinnerung sind noch die gewaltigen Überschwemmungen, die auch in Deutschland durch das Reichen großer Fluschkämme hervorgerufen wurden, und durch die besonders die Provinzen Schlesien, Sachsen, die Rheinlande und Bayern verheert wurden. Wetterkatastrophen von unerhörten Ausmaßen und einer noch nie beobachteten Häufigkeit haben auch dort in deutschen Landen die Bevölkerung heimgesucht, wo es nicht zu außergewöhnlichen Unfällen kam. Italien wurde mehrere Male von großen

Überschwemmungen heimgesucht, die größte von ihnen war im November zu verzeichnen, wo die Stadt Bari vom Hochwasser überflutet wurde und ganze Stadtviertel der Vernichtung anheimfielen. In der Schweiz ereigneten sich große Bergstürze, gleichzeitige wie bei Rizza. Auch diese Unglücksfälle sind durch die ungeheuren Regenmengen verursacht worden, die das Katastrophenjahr 1926 brachte. In Japan und Amerika bebte die Erde verschiedene Male; kurz, fast während des ganzen Jahres 1926 waren alle Gewalten der Natur in Aufregung.

Es fragt sich nun, was das neue Jahr 1927 auf diesem Gebiete bringen wird. Man ist allgemein der Anschauung, daß die Katastrophen des vergangenen Jahres mit der Sonnenfleckentätigkeit zusammenhängen. Die Sonne ist die einzige große Kraftquelle, die der Erde zur Verfügung steht, und von ihr hängen Wind und Wetter in unigster Weise ab. Die Vorgänge selbst und ihre Zusammenhänge sind noch nicht geklärt, aber es ist durch Erfahrungen festgestellt, daß die Sonnenfleckentätigkeit regelmäßig mit Wetterkatastrophen einhergeht. Da unsere Wissenschaft sich im allgemeinen auf Erprobungsfällen aufbaut, so kann man wohl einige Schlüsse aus den bisherigen Tatsachen ziehen. Falls die Schlüsse richtig sind, dann dürfte das Jahr 1927 eine Fortsetzung des Katastrophenjahrens 1926 werden. Die Sonnenfleckentätigkeit hat nämlich noch nicht ihr Ende gefunden. Es ist vielmehr zu erwarten, daß sie erst im Frühjahr 1927 am stärksten sein wird, um von da ab allmählich wieder nachzulassen. Je stärker die Sonnenfleckentätigkeit wird, desto mehr beeinflusst sie offenbar die Witterung. Aus diesem Grunde ist zu befürchten, daß auch der Katastrophencharakter des Wetters noch im Jahre 1927 eine Fortsetzung finden wird, mindestens bis zum Ende des Frühjahr 1927. Da dann um diese Zeit die Sonnenfleckentätigkeit nachläßt, so kann man für den Sommer 1927 wieder mit normalem Wetter rechnen. Alle diese Überlegungen bauen sich, wie gesagt, auf Erfahrungen auf. Die Möglichkeit besteht natürlich, daß ausnahmsweise andere Erscheinungen auftreten, soweit es sich um die Wettergestaltung handelt.

Eine Flugpedition zur Erschließung des Kongo. Um die Naturgeschichte des Kongogebietes zu erforschen, ist eine Flugpedition von England ausgebrochen, die im Auftrag der Rhodesischen Kongo-Gesellschaft das weite Urwaldgebiet hauptsächlich nach Kupferlagern erforschen soll. „Durch die Flüge“, erklärt der Leiter, Major Hemming, „wird die langwierige und gefährliche Arbeit erspart, die malarialerpesteten Wälder zu durchdringen. Die photographischen Aufnahmen werden genügende Einzelheiten ergeben, um die geologischen Formationen des Landes zu erkennen. Tausende von Bäumen sind umgeschlagen worden, um für unsere Flüge eine Basis zu schaffen, und in verschiedenen Teilen des Gebietes sind Landungsplätze in Kreuzform vorgegeben. Die Forschungsflüge werden sechs Monate in Anspruch nehmen.“

Alle-Freien. Im Zellingmuseum bei Donnerstag, 8 Uhr. Gestand Ruhe auf Ailles „Stundenbuch“ und anderen seiner Dichtungen. Das Renaissance-Theater veranstaltet Sonntag, 12 Uhr, eine Aftelerei. Robert Müller schreibt die Gedendte. Elsa Daricug und andere Mitglieder lesen Gedichte und Prosa von Rilke.

Die Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg wird auch das Gebiet „Theater und Film“ umfassen. Neben der Geschichte des Filmes wird insbesondere die „Bildtechnik“ berücksichtigt.

# Gemeinheiten und Gemeinheiten.

Von der „nationalen Opposition“.

Die Parteikorrespondenz der Volkspartei wirft den Deutschnationalen vor, daß sie ihre Opposition gegen die Außenpolitik der Regierung maßlos übersteigert und damit dem Lande geschadet haben. In einem Aufsatz von Albrecht Graf zu Stolberg-Bernigerode in der „National-liberalen Korrespondenz“ gegen die „nationale Opposition“ der Deutschnationalen heißt es:

„Würde es zum Beispiel ein englischer Konservativer wegen, den liberalen Außenminister als einen Mann zu bezeichnen, auf dessen Schwäche und Gefügigkeit die außenpolitischen Gegner Englands in allen Verhandlungen stets rechnen können? Er würde sich vor einer solchen Kritik, die nur dazu führen könnte, die Unnachgiebigkeit und Forderungslust der Gegner zu reizen und zu stärken, hüten. Die deutsche Opposition aber, sicherlich die unpolitischste aller Länder, ist allzu oft nach diesem Rezept verfahren.“

„Über gerade daran fehlt es voll und ganz; es fehlt bedauerlicherweise auch an dem Gefühl, daß nationale Opposition und immerwährende Verleumdung und Verächtlichmachung des leitenden Mannes der Außenpolitik, der das Deutsche Reich gegenüber dem Auslande vertritt, schlecht zusammenpassen.“

„Gegen die Verleumdungen, mit denen ein Teil der Konservativen gegen Bismarck arbeitete, sagte er im Reichstage: „Man bemüht sich nicht, sachlich zu widerlegen und zu diskutieren, sondern man bemüht sich, nachzuweisen, daß der Gegner eigentlich ein schlechter Kerl sei, man spürt in seinem Privatleben nach, sucht irgendeine wunde Stelle zu finden, kurz und gut, treibt wissenschaftlich Verleumdung. Ich glaube, wir würden, wenn wir etwas mehr Achtung vor den Meinungen der Männer, die gerade zur Regierung gehören — und die sind ja auch Menschen und Bandenleute — hätten, etwas weiter kommen.“

Schließlich sieht sich die „National-liberale Korrespondenz“ gegen die „neuen Gemeinheiten“ des Führers der sogenannten Vaterländischen Verbände, Grafen von der Völk, in der „Deutschen Zeitung“ gegen Stresemann zur Wehr. Gleichzeitig lesen wir in der „Deutschen Zeitung“ neue Gemeinheiten gegen Scheidemann:

„Landesverräterische Handlungsweise des Obergenossen Scheidemann, Verrat militärischer Geheimnisse, wir werden uns nicht wundern, wenn wir erfahren, daß Herr Scheidemann das Kreuz der französischen Ehrenlegion verliehen ist.“

Gegen solche Gemeinheiten gegen Sozialdemokraten findet sich keine Stimme des Protestes in der Volkspartei. Sie werden toleriert. Werden sie zum Unterschied von den Gemeinheiten gegen Stresemann für „national“ gehalten?

## „Das Zentrum hat die Wahl!“

Mit den Sozialdemokraten oder mit . . . ?

Katowitz hat immer etwas Verführerisches. Darum bietet der „Reichsbote“, das Blatt der deutschnationalen Pastoren, so oft eine angenehme Lektüre. Die anderen deutschnationalen Blätter sind jetzt nichts als „Taktik“, sie lassen ihre jämlichen Prinzipien in der Tasche verschwinden, um den Beruf ihrer Partei als regierende Partei der Republik in bestmöglichem Licht erstrahlen zu lassen. Anders der „Reichsbote“. Er kann nicht schwindeln, und wenn er es einmal probiert, dann geht es gründlich schief.

So bringt er heute einen Leitartikel mit der Überschrift „Das Zentrum hat die Wahl!“, worin auseinandergesetzt wird, daß die Sozialdemokraten „Hochverräter“ seien und daß nichts helfen könne als „die Einigung aller wirklich staatsverhaltenden Parteien“. Dazu würden Zugeständnisse notwendig sein, zu denen die Deutschnationalen bereit seien.

So auf der ersten und zweiten Seite. Auf der dritten aber findet

man in auffälligem Druck folgende „Neujahrswünsche und -bitten eines preussischen Patrioten“:

Möge das Jahr 1927 uns eine Regierung beschicken, welche die nutzlose, unsere Feinde anreizende, das eigene Volk aber entnervende und darum schädliche Locarno- und Erfüllungspolitik aufgibt, dafür aber den Kampf gegen das Verfallener Diktat und seine Lügengrundlage, sowie nicht minder den Kampf gegen alle Schäden im Innern mit aller Schärfe führt.

Möge das preussisch-deutsche Volk endlich seine schwere Schuld erkennen und unseren Kaiser und König heimrufen auf den Thron seiner Väter. . . .

„Mit Gott für Kaiser, König, Vaterland“  
Erstling es neu, zum Zeichen, daß das Alte  
Ersthand. Und Gottes treue Vaterhand  
In Gnaden über unserem Volke walle.

Da hätten wir also endlich ein Regierungsprogramm! Und sogar in Versen! Wird da das Zentrum noch widerstehen können?

## „Erzieher zur wahren Demokratie.“

Die Deutschnationalen!

In den „Hamburger Nachrichten“ findet man einen Aufsatz des „politischen Beauftragten des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei“, des Reichstagsabgeordneten Treviranus, über die Regierungskrise. Der „politische Beauftragte“ gibt sich darin ganz als Anhänger des meist so erbittert bekämpften Parlamentarismus, der nur deshalb in Deutschland nicht richtig funktioniert, weil „sein Ablauf künstlich gehemmt“ werde. In diesem Zusammenhang prägt er dann den Satz:

„Uns Deutschnationalen ist die Rolle des Erziehers zur wahren Demokratie zugefallen.“  
„Der Weg zur freiheitlichen Entwicklung,“ schreibt er an einer anderen Stelle, „ist offen, sobald sich Männer finden, die ihn gehen wollen. Die Verfassung gibt dem Reichspräsidenten Recht und Pflicht, sie zu berufen. Es erleichtert die Arbeit, wenn diese Männer insgesamt oder einzeln Rückhalt im Parlament haben.“

Parlamentarismus, Demokratie, sogar „die wahre“, freiheitliche Entwicklung — das ist jetzt alles in der deutschnationalen Parteibude zu haben. Nur hereinspaziert, meine Herrschaften, nur hereinspaziert!

## Neuer Zwischenfall am Rhein.

Der provozierende Offizier.

Mainz, 3. Januar. (W.B.) Der „Mainzer Anzeiger“ berichtet über folgenden neuen Zwischenfall: Am Neujahrstage zwischen drei und vier Uhr nachmittags stieg ein französischer Fliegeroffizier mit einer Frau in Gonsenheim in die Straßenbahn. An der Station Waggonfabrik wollte er das Endziel des Fahrplans umgeändert haben, was der Schaffner pflichtgemäß ablehnte, da eine nachträgliche Änderung gegen die Vorschriften verstößt. Darauf verlangte der Offizier vom dem Beamten, den Strich auf dem Fahrplan wegzuradiieren und eine neue Kartierung vorzunehmen. Als der Schaffner dieses Ersuchen mit der Begründung ablehnte, daß er sich dadurch einer Unkundenfälschung schuldig machen würde, antwortete der Offizier mit einem Schlag ins Gesicht des Schaffners, der glücklicherweise, wie auch die anderen Mitfahrenden seine Beherrschung nicht verlor. Der Offizier gehört dem 33. Fliegerregiment an.

## Die französischen Militärbehörden untersuchen.

Paris, 4. Januar. (U.) Havas meldet aus Mainz, daß die französischen Militärbehörden bis jetzt keine Kenntnis von dem Zwischenfall, der sich zwischen einem französischen Offizier und einem Straßenbahnschaffner zugetragen hat, erhalten haben. Die Untersuchung der Angelegenheit ist auf Grund der Zeitungsmeldungen eingeleitet worden.

## Protest der Stadt Mainz.

Mainz, 4. Januar. (U.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat die Mainzer Stadtverwaltung aus Anlaß des Zwischenfalles schriftliche Vorstellungen bei dem französischen Kommandierenden General erhoben.

zu gewinnen. In der Wohnung eines ganz kleinen Beamten erhält er von diesem die Antwort, er habe bereits seine Stimme dem Herrn Staatssekretär Szaboty, dem Regierungsmann, zugesichert. „Und die gnädige Frau?“ fragt jetzt der Graf die einfache Frau des Hauses, „Sie werden doch sicher für mich stimmen, zumal ich doch die Interessen eines kleinen Weisenkinds vertritt!“ Auf so läppische Weise versuchen die „Legitimisten“ Wähler für das Königtum des Anabens Otto Habsburg einzufangen.

Die Beamtenfrau erwidert aber: „Nein, Herr Graf, ich werde nicht für Sie stimmen.“ — „O, und warum nicht, wenn ich fragen darf?“ Der Graf wird von dem kurzen, aufrechten Bild einer braven Frau getroffen: „Darum nicht, weil ich es überhaupt nicht begreife, wie ein Graf Andrássy für einen Habsburger eintreten kann. Wir lernten in der Schule, daß ein Habsburger einen Grafen Andrássy zum Tode verurteilen lieh!“

Das war ein schwerer Hieb! War doch der Graf Andrássy, der damals verurteilt wurde, ein freihütlich gefonnener Ungar gewesen, der Vater des jetzigen Wahlkandidaten und Anwalts des jungen Otto Habsburg. Und war doch der Habsburger, der den Vater des jetzigen Wahlbewerbers hängen ließ, kein anderer als Kaiser Franz Josef I., einer der beschränktesten und freiheitsfeindlichsten Tyrannen der Welt.

Ueber das aristokratische Gesicht des Grafen huscht ein verlegenes, verlogenes Lächeln. Er stottert: „Und . . . sehen Sie, gnädige Frau . . . ich habe das schon längst verziehen . . .“ Die Frau hebt ihren Kopf, und ihre Antwort durchschneidet die Luft: „Ich aber, Herr Graf, ich habe es und werde es nicht vergessen!“

Das sind die beiden Geschichten von den jetzigen Wahlen zu Wahlen in Ungarn. Solange noch in Ungarn solche Töne, wenn auch nur ganz vereinzelt, erklingen, ist dieses Land, Horthy, Habsburg, Bethlen und Hégjas zum Trotz, noch nicht verloren. 3.

Sieben Todesurteile für eine Vergewaltigung. Von dem Volksgericht in Petersburg wurden kürzlich sieben Personen zum Tode durch Erschießen verurteilt, vier zu zehn Jahren Einzelhaft und sechs andere zu Gefängnisstrafen von zwei bis zu acht Jahren. Die schweren Strafen wurden als Sühne für eine Vergewaltigung ausgesprochen, der sich nicht weniger als 40 Arbeiter an einem hiebzeihnährigen Mädchen schuldig gemacht hatten. Der Prozeß, der das Gericht mehrere Tage lang beschäftigt hat in Russland gewaltiges Aufsehen erregt. Als das junge hiebzeihnährige Ding im Sitzungssaal den Angeklagten gegenüberstand und aufgefordert wurde, die Einzelheiten des ruchlosen Verbrechens zu schildern, brach es in Tränen aus und wurde ohnmächtig. Das Gerichtsgebäude war von einer gewaltigen Menschenmenge umlagert, die von der Polizei nur mit Mühe am Eindringen in das Gebäude verhindert werden konnte. Der Prozeß wurde dann vom Militär geführt, da man fürchtete, daß im Falle eines Freispruchs die entlassenen Angeklagten von der erregten Menge geliebt werden würden. Die draconischen Strafen sind um so bemerkenswerter, als in Russland bisher selbst Mörder verhältnismäßig milde davontamen.

## Zufangeln für Erwerbslose.

Wie man Brückeberger züchtet.

Die geltende Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom Februar 1924 ist Stückwerk. Das beweisen schon die ungezählten Ausführungsmaßnahmen, die auf manchmal recht gewundenen Pfaden unbrauchbare Bestimmungen einigermaßen erträglich auszulagern suchen. Ein Beispiel dafür ist die Bestimmung, wonach nur „Infolge des Krieges“ bedürftige Erwerbslose unterstützt werden sollen. Bei wörtlicher Auslegung würden hiernach alle die aus der Fürsorge auscheiden, die infolge außergewöhnlicher Ereignisse (Ueberschwemmungen, Brände) oder infolge Ablaufens der Saison arbeitslos werden.

Die Auslegung umgeht diese offensibare Ungerechtigkeit und konstruiert nun auch bei diesen die Kriegsfolge, weil sie unter normalen Umständen sofort oder mindestens nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne wieder Arbeit gefunden hätten. Hat sich hierbei ein Weg gefunden, der wenigstens bei gutem Willen der Behörden die größten Schwierigkeiten vermeidet, so bestehen eine Reihe anderer Unzulänglichkeiten der Verordnung noch in vermindelter Schärfe fort.

Die Bedürftigkeitsprüfung, mangels einheitlicher Richtlinien immer noch eine Angelegenheit, über die der örtliche Arbeitsnachweis nach eigenem Guldanken entscheidet, birgt stets die Gefahr der Schikane in sich. Ihr unmöglichster Grundsat, wonach bei der Prüfung auch das Eintommen der zivilrechtlich nicht unterhaltspflichtigen Angehörigen (z. B. Geschwister) mit in Betracht gezogen wird, ist trotz aller Bemühungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch nicht beseitigt.

Ein besonders trostloses Kapitel bildet die Anrechnung vorübergehender Arbeit auf den Unterstützungsanspruch. Bekanntlich müssen bei jedem neuen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung 13 Wochen krankensicherungsplichtiger Beschäftigung innerhalb der letzten zwölf Monate nachgewiesen werden. Ein neuer Antrag muß aber immer gestellt werden, wenn ein Erwerbsloser mehr als eine Woche wieder gearbeitet hat. War er nun z. B. 40 Wochen unterstützt worden und arbeitete dann ausnahmsweise 12 Wochen, so konnte er bei neuer Erwerbslosigkeit keine 13 Wochen Beschäftigung innerhalb 12 Monaten mehr nachweisen. Er schied also aus der Unterstützung aus, während er bei fortwährender Erwerbslosigkeit noch 12 Wochen unterstützt worden wäre.

Diesem Uebelstande suchte die jüngste Verordnung abzuhelfen. Sie bestimmte, daß vorübergehende Arbeit von weniger als 13 Wochen nicht in die zwölfmonatliche Frist einzurechnen sei. Aber auch diese Bestimmung befreit, wie inzwischen auch die Reichsregierung feststellen mußte, keineswegs die Möglichkeit, daß durch Aufnahme vorübergehender Arbeit die Unterstützungsdauer verkürzt wird; denn der Erwerbslose, der z. B. 46 Wochen unterstützt wurde und dann 6 Wochen vorübergehend arbeitete, kann selbst bei Anrechnung dieser 6 Wochen bei Wiedereintritt der Erwerbslosigkeit keine 13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten 12 Monate nachweisen. Er scheidet also aus der Unterstützung aus und verliert somit 6 Wochen seines (52 Wochen betragenden) Unterstützungsanspruches.

Wehrlich wie in diesem Falle, der noch Abhilfe ruft, liegt es auch mit der Gewährung der um 10 Proz. erhöhten Unterstützung nach achtwöchiger Erwerbslosigkeit. Der Erwerbslose, der schon im Genuß dieser erhöhten Unterstützung stand, verliert den Zuschlag, wenn er zwischendurch mehr als eine Woche vorübergehende Arbeit leistet. Er muß bei Wiedereintritt in die Fürsorge erneut acht Wochen warten, bis er die Erhöhung wieder erhält.

Naturngemäß fördert ein derartiges Verfahren nicht den Anreiz zur Aufnahme der Arbeit. Dringend nötig ist daher die schleunige Beseitigung der geschilderten Mißstände wie überhaupt des gesamten Restes der Zufangeln und Fallgruben in der Erwerbslosenfürsorge. Sie ruhen nicht nur berechnete Enttäuschung bei den Erwerbslosen, sondern ebenso berechtigtes Kopfschütteln bei jedem objektiven Betrachter der Dinge heroor. Höchste Zeit ist, daß endlich mit dem Befehl der Erwerbslosenversicherung ganze Arbeit gemacht wird.

## Die mitteldeutschen Bergarbeiter.

Stellungnahme zum Arbeitszeitschiedspruch.

In einer von über 300 Delegierten aus allen Braunkohlenrevieren Mitteldeutschlands besuchten Konferenz, haben am 1. Januar die Vertreter aller am Tarifvertrag für den Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen Stellung zu dem Arbeitszeitschiedspruch des Reichsarbeitsministeriums genommen.

Bezirksleiter Reddigau legte in einer längeren Rede dar, daß die Arbeitgeber in der Arbeitszeitsfrage jedes Entgegenkommen abgelehnt haben und daß sie ohne jedes soziale Verständnis für die im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter

den Zwölfstundentag zu einem Dauerzustand

machen möchten. Leider sei das Reichsarbeitsministerium den völlig unberechtigten Wünschen der Arbeitgeber viel zu weit entgegengekommen. Es sei ein gewaltiger Irrtum, wenn Arbeitgeber und Ministerium etwa annehmen sollten, daß die Arbeitszeitsfrage zur einseitigen Beruhigung der Bergarbeiter in der beabsichtigten Untersuchungskommission begraben werden könne. Die Arbeitszeitsfrage sei aufgerollt worden und die Braunkohlenbergarbeiter würden sich keinesfalls mit halben Maßnahmen begnügen. Das Ziel, das erreicht werden muß, sei der Zwölfstundentag. Die durch den Schiedspruch erreichten kleinen Verbesserungen seien völlig unbefriedigend, und die damit in den Reihen der Bergarbeiter ausgelöste Stimmung müsse für Arbeitgeber und Ministerium eine Warnung sein.

In der dem Referat folgenden außerordentlich heftigen Aussprache wandten sich alle Redner entrüstet gegen die arbeitfeindliche Haltung des Reichsarbeitsministeriums. Es sei ein Hohe, die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter, die nach den eigenen Zuständen der Arbeitgeber ganz außerordentliche Leistungen aufzuweisen haben, mit solchen Schiedsprüchen abzuspelsen.

Nur zähneknirschend, der gewerkschaftlichen Disziplin halber, wolle man eine abwartende Haltung einnehmen. Die Annahme würde jedoch eine schwere Täuschung sein, daß sich in einigen Monaten die Belegschaften noch einmal auf solche Art und Weise abfertigen ließen.

Sämtliche Redner betonten, daß in dem Willen zur

Beseitigung des Mehrarbeitsabkommens

die Belegschaften ausnahmslos hinter den Gewerkschaften ständen. Bemerkenswert ist, daß auch die kommunistischen Delegierten im glatten Gegensatz zur Stellungnahme ihrer eigenen Presse die von den Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen rückhaltlos anerkannten; mit ihren Stimmen sand die folgende Entschiedenheit einstimmige Annahme:

„Die am 1. Januar 1927 im „Volkspart“ in Halle a. d. S. tagende Delegiertenkonferenz der am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen erklärt zu dem vorliegenden Schiedspruch und dessen erfolgter Verbindlichkeitsklärung:

Die Schaffung eines Zwangsvertrages, wie es in diesem Falle seitens des Reichsarbeitsministeriums geschehen ist, widerspricht allen Gefühlen der Gerechtigkeit und des Rechtes. Der Zwangsvertrag vom Dezember 1923 sah nur eine vorläufige Mehrarbeit über acht Stunden hinaus vor. Wederhalt ist aber in den letzten Jahren durch erfolgliche Ver-



Inventurverkauf.

Das alljährliche Großreinemachen der Warenhäuser und Spezialgeschäfte hat begonnen. Riesenleutern auf wehenden Wimpeln — nachts dämonisch beleuchtet — verkünden in mehr oder minder scherzhaften Worten von dem „einfach nicht zu überbietenden“ an Gelegenheitskäufen. Die Schaufenster gleichen mächtigen Füllhörnern, die in verschwenderischer Menge all die schönen Dinge, strahlend im Glanze ihrer Neuheit, vor der erstaunten Masse ausgießen.

In der Hauptsache sind es Bekleidungsartikel für Frauen. Kleider, Hüte, Schuhe, Strümpfe, Stoffe und all die modischen Kleinigkeiten. Dieser Riesenfeldzug der Geschäftswelt, der die langweilige Saison nach den großen weihnachtlichen Käufertagen ein wenig beleben will, richtet sich natürlich vor allem auf die Frau. Sie wird leicht benebelt, wenn sie so viele, so schöne und vor allem so „billige“ Dinge auf einem Haufen sieht, und der schlau Geschäftsmann ändert ihr sehnsüchtiges Wünschen „schön sein um jeden Preis“ in die konkretere und lebensstärkere Form „schön sein um billigen Preis“. Magnetisch angezogen, ganz im Banne künstlich gesteigerter Einzelstücke, belagern sie bereits am frühen Morgen die Eingangsportale der geschäftlichen Wunderwelt. Der Andrang ist in vielen Geschäften ein derartiger, daß stundenweise geschlossen werden muß. Run stehen sie in dichten Mengen draußen auf der Straße „Schlange“, wie einst in früheren Tagen, nur daß ihr damaliges geduldisches Verhalten einen vernünftigeren lebenswichtigeren Zweck erfüllte. Natürlich sind die Gelegenheitskäuferinnen von der unbedingten Notwendigkeit genau so überzeugt. Die Preisstufen üben eine faszinierende Wirkung aus. Da kosten Waschblusen statt 2,75 M. nur 0,95 M., Crepe-de-Chine-Bluse statt 20 und mehr Mark nur 8 M., Wintermäntel statt 30 M. und mehr nur 6 M., Bogenschuhe sind schon für 3,90 M., Spangenschuhe für 5 M. und so weiter zu haben. Auch die Herrenkonfektion erfährt eine ganz gewaltige Preisreduktion. Für 0,90 M. gibt es einen seidenen Schlips, für 38 M. einen ganzen Saitanzug, für 26 M. einen Winterfleece usw.

Gegen den Gelegenheitskauf als solchen ist im Interesse des Publikums kaum etwas einzuwenden. Nur darf er nicht gerade in eine Zeit fallen, wo niemand Geld für nicht unbedingt notwendiges hat und manch einer durch leichtsinnige Käufe in arge Schulden gerät.

Immer noch Nachtanz.

„Toska“ und „Flecken-Gustav“ im Kompagniegeschäft.

Ein Nachtanzbetrieb wurde in der Zimmerstraße wieder einmal ausgeübt. Hier hatte ein gewisser Biepe eine Wirtschaft, die, von außen betrachtet, bürgerlich und harmlos ausah. Nach Eintritt der Polizeistunde aber änderte sich das Bild sehr wesentlich. Wiermal wurde der Betrieb ausgeübt, dann wurde vom zuständigen Polizeikommissar dem Inhaber die Konzession entzogen. Biepe aber wußte sich zu helfen. In den Borderräumen blieb alles still. Um so lebhafter aber ging es in Hinterräumen her, die nicht zu den früheren Schankräumen gehörten. Biepe hatte sich mit einem Gustav Schulz, der den Spitznamen „Flecken-Gustav“ führt und einer Tänzerin Maria Ziegler, die in ihren Kreisen unter dem Namen „Toska“ bekannt ist, zusammengetan, um wieder einen Nachtanzbetrieb in Gang zu bringen. Dazu wurde jetzt die Privatwohnung des früheren Birtes benutzt. Die Verhältnisse waren durch die Verlängerung der Polizeistunde bis 3 Uhr ungünstiger geworden. Die Zeit für den Nachtbetrieb war so um zwei Stunden gekürzt. Aber es fanden sich doch auch jetzt noch Gäste. Schlepper hielten sie aus der Friedrichstraße heran, wenn dort die Lokale um 3 Uhr schlossen. Biepe selbst nahm die Gäste an der Ecke der Marktgraben- und Zimmerstraße in Empfang und führte sie in seine Wohnung. Mädchen aus der Friedrichstraße spielten hier die Anzimmerdamen und „Toska“ tanzte ihnen im Cosotium etwas vor. Schließlich gelang den Kriminalbeamten eine Ueberraschung des Betriebes. Zwölf Gäste und acht Anzimmerdamen wurden nach der Wache gebracht und festgesetzt. Die Untersuchung ergab, daß der Unternehmer in Verhinderung der erschwerten Lage mit den Preisen beträchtlich heruntergegangen war. Wie er behauptet, war der Zulauf nicht mehr allzu groß. Dafür ließ er aber auch an drei Stellen „nacht tanzen“. Dreimal in der Woche in der Zimmerstraße und an den anderen Tagen in der Schmidstraße und in der Nähe des Bahnhofes Börse.

Einbrecher in der Staatlichen Blindenanstalt.

Geldschrankbrecher suchten heute in den frühen Morgenstunden die Staatliche Blindenanstalt auf dem Fichteberg an der Rothenburgstraße in Steglitz heim. Die Anlage besteht aus mehreren Gebäuden. In dem einen liegen die Kassenräume unter einem Museum. Heute früh gegen 5 Uhr befand sich der Wächter auf einem Rundgang. Da hörte er plötzlich den Ruf: „Da kommt das Aas!“ In demselben Augenblick entflohen auch mehrere Männer durch den Park nach der Fichtestraße zu. Er rief sie an, schoß auch hinter ihnen her, als sie nicht stehen blieben, wachte dann den Förstner und suchte mit ihm das Gelände und die Gebäude ab. Es ergab sich, daß Einbrecher an der Fichtestraße den Drahtzaun durchschnitten und sich dann an die hintere Seite des einen Gebäudes, an der niemand schläft, herangelassen hatten. Hier waren sie mit Nachschlüssel zunächst in das Museum und dann in die Kassenräume eingedrungen. Sie hatten die Fenster abgedichtet und zwei Geldschranke aufgeklopft und ihres Inhalts beraubt. Mit der Beute sind die Verbrecher durch das Saunloch an der Fichtestraße wieder verschwunden und entkommen. Nach den bisherigen Feststellungen können ihnen etwa 500 Mark in die Hände gefallen sein. Größere Beträge werden zur Nachzeit in den Geldschranken nicht aufbewahrt. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Singer im Polizeipräsidium.

Schüleraustausch — Völkerverständigung.

Die republikanischen Parteien sind die Parteien, die sich auf die Völkerverständigung eingestellt haben, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in unseren Nachbarstaaten. Ständig sind sie bemüht, neue Mittel und Wege dafür zu suchen. Heute sei auf eines hingewiesen, das allerdings nicht neu ist, das man aber trotzdem in seinen Auswirkungen nicht unterschätzen sollte. Vor dem Kriege bestand die Einrichtung des Schüleraustausches zwischen den einzelnen Völkern. Deutsche Jungen und Mädchen gingen nach Frankreich und England, um dort ihre Sprachstudien zu treiben. Auch die Kinder der anderen Nationen kamen aus demselben Anlaß zu uns. Das war der offene, der bewusste Zweck. Daneben lief aber auch noch unbewusst, ungewolltes her. Der geistige Horizont der Austausch-kinder weitete sich. Neben vielem anderen lernten sie die Sprache, das Seelenleben des Volkes kennen, dessen Geist es war. Dadurch wurde ihm das Verständnis für das fremde Volk aufgeschlossen, das Verständnis, das uns heute so vielfach fehlt. Um dieses kommen wir aber nicht herum, wenn wir nicht aneinander vorbeireden wollen. In demselben Maße, wie die Kenntnis des anderen Volkes wächst, wächst auch die Völkerverständigung. Darum heraus, ihr

Reichsbahn und die Berliner Tarifgemeinschaft

Am Freitag Magistratsitzung über das Vereinheitlichungsprojekt.

Zur Verwirklichung der Vereinheitlichungspläne für das Berliner Verkehrsnetz besteht bei den zuständigen Stellen des Magistrats die Absicht, auch mit der Reichsbahn-Gesellschaft zu einer Verständigung wegen des Beitritts der Stadt- und Ringbahn zu der Tarifgemeinschaft der städtischen Verkehrsunternehmen zu gelangen. Wie wir hören, haben zwischen den beiden Behörden auch schon unverbindliche Vorbesprechungen zur Verwirklichung dieses Zieles stattgefunden, zu Verhandlungen mit positivem Ergebnis ist es jedoch noch nicht gekommen.

Die Form des Anschlusses ist naturgemäß sehr schwer zu finden, und es kann wohl schon jetzt gesagt werden, daß ein direkter Uebertragung oder Umsteigeverkehr von den städtischen Verkehrsmitteln, wie von Straßenbahn und Hochbahn zur Stadt- und Ringbahn, also ein Umsteigeverkehr, kaum in Frage kommt, da eine solche Maßnahme an die Stadt Berlin ganz erhebliche finanzielle Anforderungen stellen würde. Der Zweck der Tarifgemeinschaft soll aber hauptsächlich für die Stadt eine Verbilligung und bessere Rentabilität der Hochbahnlinien bringen. Wenn es auch mit der Stadt- und Ringbahn zu keiner Umsteigegemeinschaft kommen wird, so dürfte doch ein engeres Zusammenarbeiten mit der Reichsbahn-Gesellschaft auch für die Stadt und nicht nur für die Fahrgäste verschiedene Vorteile bieten. So soll, wie wir hören, versucht werden, den bisherigen 20-Pf.-Tarif der Stadt- und Ringbahn auf größere Strecken auszudehnen, um auf diese Weise eine Verbilligung der Fahrten nach den weiter entfernten gelegenen Außenbezirken zu ermöglichen, wie dies ja auch durch die Tarifgemeinschaft zwischen

Straßenbahn und Hochbahn auf der Grundlage des 20-Pf.-Tarifs zustandegebracht werden soll. Die Entscheidung über den Beitritt der Reichsbahn zu der Tarifgemeinschaft der städtischen Verkehrsunternehmen ist nicht von heute auf morgen zu erwarten, da das Problem auf beiden Seiten der gründlichsten Durcharbeitung bedarf, und vor allem auch die Kalkulationsmöglichkeiten der verschiedenen Verkehrsunternehmen auf das genaueste geprüft werden müssen.

Während nach den Vorschlägen des Verkehrsachverständigen des Magistrats die Schaffung eines Umsteigeverkehrs zwischen Straßenbahn und Hochbahn außer jedem Zweifel steht, ist es doch sehr fraglich, ob sich ein Umsteigeverkehr mit der Omnibus-Gesellschaft wird verwirklichen lassen. Diesem Plan steht nämlich die Tatsache hinderlich entgegen, daß die Omnibusgesellschaft nicht über einen so großen Wagenpark verfügt, daß es ihr möglich wäre, den Verkehrszustrom, der durch die Umsteigeberechtigung zu erwarten sein wird, zu bewältigen.

Wie schon berichtet, werden die Denkschriften über die Vereinheitlichung der Berliner Verkehrsunternehmen der Verkehrsdeputation und der Finanzdeputation überwiesen, die am Donnerstag zu den Vorschlägen Stellung nehmen. Der Magistrat hat zu Freitag eine außerordentliche Sitzung einberufen, in der die Entscheidung fallen wird. Grundsätzlich scheint sich innerhalb des Magistrats kein Widerspruch geltend zu machen, wenn man auch bezüglich der Verwirklichung und Durchführungsmöglichkeiten zum Teil noch verschiedener Ansicht ist.

Freunde der Völkerverständigung, laßt den Schüleraustausch in weitem Umfang wieder ausleben!

Der Berliner Bezirksverband (Berlin SW 68, Lindenstraße) hat die notwendigen Vorarbeiten bereits eingeleitet und wird feinerzeit weitere Mitteilungen durch die Presse und die Parteifunktionäre ergehen lassen.

Festnahme eines Postdefraudanten.

Die verhängnisvolle Kneiperei.

Auf der Durchreise nach dem Ausland wurde der 40 Jahre alte Postbetriebsrat Alfred Höhne (Berlin SW 68, Lindenstraße) am 2. Januar aus Dortmund mit 82 000 M. Postgelder gestohlet war.

Höhne war auf dem Postamt 2 in Dortmund beschäftigt. Am vergangenen Sonntag erhielt er den Auftrag, vom Hauptpostamt in Dortmund Geld abzuholen, das für Gehaltszahlungen auf dem Amt 2 bestimmt war. Er bekam 82 000 M. ausgehändigt, steckte sie in eine Aktentasche und fuhr damit sofort nach Berlin. Der Ungetreue hatte die Absicht, ins Ausland zu entfliehen, weil er mit seiner Frau in unglücklicher Ehe lebte und diesen Weg für den geeignetsten hielt, von ihr wegzukommen. In der Nacht zu Montag traf er in Berlin ein. Weil er sich nicht getraute, ein Hotel aufzusuchen, wanderte er von einer Kneipe in die andere, obwohl er auch unterwegs schon reichlich getrunken hatte. So kam es, daß er dem Hamburger Zug, mit dem er hätte fahren wollen, verpaßte. Jetzt nahm er die „Kneiptour“ wieder auf. Sie endete im „Weißen Röhl“ in Wilmersdorf. Hier lud der fremde Gast die anderen zum Witzchen ein, besonders auch die anwesenden Damen. Es ging bald hoch und lebhaft her. Man war gerade bei der achtzehnten Flasche Sekt angelangt, als das Vergnügen ein jähes Ende fand. Kriminalbeamte der Fahndungsinspektion E, die in der vergangenen Nacht die Lokale durchstreiften, kamen gegen 1 Uhr auch nach dem „Weißen Röhl“. Sie waren von der Kriminalpostdienststelle, die von Dortmund sofort unterrichtet worden war, schon mit einer Beschreibung des flüchtigen Postbetriebsrat versehen und erkannten in dem flotten Jecher alsbald den gesuchten Höhne. Ohne Widerstreben bekannte sich auch der Gast dazu und ließ sich, schwer betrunken, wie er war, nach dem Polizeipräsidium bringen. Bei ihm fand man noch 70 000 Mark.

Wiel anzufangen war mit dem Manne nicht. Man erfuhr nur, daß er 10 000 Mark in Dortmund einem Bekannten anvertraut hatte, damit er sie seiner Frau überbringe. Der Verhaftete war auch heute morgen noch so betrunken, daß man ihn noch nicht eingehender vernehmen konnte. Er bat, ihn noch etwas in Ruhe zu lassen, er wisse noch nicht recht, wo er sich befinde. Höhne wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages nach Dortmund zurückgebracht werden. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung des unterschlagenen Geldes war eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Erstickungstod eines Kindes.

Ein entsetzliches Brandunglück, bei dem ein eineinhalb-jähriges Mädchen den Erstickungstod fand und ein fünfjähriger Knabe mit schwerer Rauchergiftung in das Lichtenberger Krankenhaus eingeliefert werden mußte, ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr in Friedrichsfelde. In der Friedrichstraße 13 zu Friedrichsfelde hat der Ackerpächter Karl Göthling ein einstöckiges Wohnhaus mit einer dahinter liegenden Scheune. Heute früh verließen wie gewöhnlich die Eltern sehr früh das Haus, während die Kinder, die eineinhalbjährige Johanna und der fünfjährige Heinz, noch in ihren Betten schliefen. Kurz vor 10 Uhr bemerkten Nachbarn, wie aus einem Fenster der Wohnung der Göthlingischen Eheleute dichter Qualm drang. Zur selben Zeit erschien die Aufwarterin und fand das Zimmer, in dem die Kinder schliefen, ganz mit Rauch angefüllt. Einige Möbel hatten bereits Feuer gefangen.

Mit Rauchschuttmasken drangen die Wehrleute der sofort alarmierten Feuerwehr in die brennende Stube und holten die durch die Einwirkung der Rauchgase bereits bewußtlos gewordenen Kinder ins Freie. Bei dem Mädchen blieben die sofort angestellten Wiederbelebungsvorkehrungen, die ziemlich zwei Stunden währten, leider ohne Erfolg. Der Knabe erholte sich bald. Es stellte sich heraus, daß der fünfjährige Knabe aus seinem Bett aufgestanden war und im Zimmer eine Schachtel Streichhölzer gefunden hatte. Vermutlich hat er mit den Hölzchen gespielt.

Der allmächtige Hauswirt.

Die Wohnungsnot mit all ihren traurigen Folgeerscheinungen dauert in unverminderter Härte an. Immer wieder vernimmt man die Hilferufe Verzweifelter, die unter den trostlosesten, jeder Hygiene spottenden Wohnungsverhältnissen ihr armseliges Dasein fristen. Wie Tiere haufen sie in alten verwahrlosten Böckern, eng zusammengepackt gesunde und Kranke. Und trotz diesem traurigsten Kapitel zerrütteter Volksgesundheit gibt es immer noch Hauswirte, die es verstehen, Wohnräume eigenmächtig monatelang leerstehen zu lassen, um sie bei Gelegenheit an gute Bekannte zu „verschleppen“. Im Hause Oberschöneweide, Schloßparkstraße 1 III rechts, steht eine Wohnung, bestehend aus Stube und Küche, seit Anfang November vorigen Jahres leer. Der Hauswirt äußerte sich folgendermaßen: „Die Wohnung bekommen meine Kinder! Und wenn nicht — ich

bin nämlich wegen der Wohnung gerade beim Klagen —, dann habe ich schon einen Anwärter dafür!“ Scheinbar hat also die Geschichte mit der Freigabe der Wohnung für die Sprößlinge irgendein Häkchen. Jedenfalls wird der Ausgang der Affäre zu beobachten sein. Vielleicht interessiert sich auch das Wohnungsamt ein wenig für den Fall und trachtet, daß die so lange leerstehende Wohnung ihrer rechtmäßigen Bestimmung zugeführt wird. Es ist leider nicht der einzige Fall dieser Art.

Karl Klein gestorben.

Gestern ist er — 80 Jahre alt — gestorben. Mit ihm ist ein Parteigenosse dahingegangen, der schon dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehörte. Unter dem Ausnahmegesetz wirkte er im 5. Berliner Reichstagswahlkreis in der Gegend vom Friedrichshain und Königstor und betätigte im Wahlkreis nach dessen Gründung lange Jahre das Amt als Abteilungs- und Bezirksführer. Als Mitglied der Lokalkommission wirkte er über die Grenzen seines engeren Wahlkreises hinaus. Von jedem gern gesehen, nie ermüdet und stets heiter gesinnt, war der Alte auf den Parteivergnügungen der Vorkriegszeit der Maître de Plaisir für die Jugend. Viele haben den Alten mit seinem wallenden Hut später noch kennengelernt, wenn er im Vorzimmer der juristischen Sprechstunde des „Vorwärts“ für die Regelung der Auskunftsverteilung Sorge trug. Am Sonnabend, mittags 12 Uhr, werden sich im Krematorium in der Gerichtstraße die alten Freunde versammeln, um mit seinem Angehörigen Abschied von ihm zu nehmen, der der Treue einer war.

Großer Wohnungseinbruch.

Reiche Beute machten Einbrecher gestern nachmittag zwischen 5 und 7 Uhr in einer Wohnung im zweiten Stock eines Hauses in der Badenschen Straße zu Wilmersdorf. Sie öffneten mit einem Nachschlüssel die Hintertür und sicherten sich für den Fall einer Ueberraschung einen zweiten Ausgang, indem sie von der Bordtür drei große Sicherheitschlösser abschraubten. Mit einem 1½ Zoll breiten Stemmelstein erbrachen sie alle Behälter und erbeuteten für 10 000 Mark Kleidungsstücke, Wäsche und Schmucksachen, darunter einen goldenen Ring mit mehreren Brillanten in Platinfassung, ein goldenes Armband, Tafelsilber für 24 Personen mit dem Zeichen E.S., außerdem zwei Perferbrücken.

Alleinreisende Kinder.

Wenn es auch nicht empfehlenswert ist, Kinder unter einer gewissen Altersgrenze auf der Eisenbahn allein reisen zu lassen, so wird es sich doch in manchen Fällen nicht vermeiden lassen. Man wird dann zweckmäßig Züge wählen, durch die ein Umsteigen nach Möglichkeit vermieden wird und das Kind persönlich der Obhut des Zuggenerals, insbesondere des Zugführers, übergeben. Es empfiehlt sich, dem Schaffner einen offenen Briefumschlag auszuhändigen, in dem sich neben der Fahrkarte für das Kind eine genaue Angabe über den Reisezug und das Reiseziel, ferner der deutlich ausgeföhrte Vor- und Zuname des Kindes mit Angabe der Adresse auf der Heimatstation und am Reiseziel befinden. Wenn man dann noch ein weiteres Exemplar dieser Aufzeichnungen dem kleinen Reisenden selbst übergibt, darf man wohl das beruhigende Gefühl haben, alles getan zu haben, was dem Kinde eine gute Reise gewährleistet.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche keine Sitzung. Die nächste Sitzung findet erst am 13. Januar statt.

Bluttat eines Irren.

Der 22 Jahre alte Berner Roges in Frankfurt a. M. erschlug am Montag abend mit einem Handbeil seinen 56jährigen Stiefvater. Nach Aussage der Mutter sind Familienverhältnisse die Ursache gewesen. Der junge Mann soll aber auch nicht ganz normal sein; er hat sich bereits einige Zeit in einer Irrenheilanstalt befunden. Der Täter hatte den Erschlagenen eingeschlossen und war geflüchtet. Außerdem hatte er noch seinem kleinen fünfjährigen Schwesterchen einen Beißblei auf den Kopf verlegt, so daß das Kind schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die sofort herbeigerufene Polizei fand den Stiefvater, nachdem sie die Tür eingeschlagen hatte, bereits tot vor.

Ein englischer Dampfer auseinandergebrochen. Der englische Dampfer „Andreas“, der auf der Schelde auf das Brack eines untergegangenen japanischen Dampfers aufgelaufen und gesungen war, ist auseinandergebrochen. Man ist bemüht, die Bedung nach Möglichkeit zu retten.

Schwere Bluttat eines Wahnsinnigen. Die Blätter berichten aus Ribades in Spanien, daß dort ein ins Asyl aufgenommenener Greis plötzlich wahnsinnig wurde und drei andere Angestellten in der schrecklichsten Weise ermordete.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Großdetail-Geschäft Fritz Lehndt, Berlin C. 26, Mühlstr. 25 und Rottenthorstr. 13 bietet in seinen beschriebenen Inventur-Ausschreitungen folgende Posten, die Firma hat außer den bei der Inventur beschriebenen Sachen auch noch große Mengen regulärer Herren- und Damenkleider während der Abfertigung, um die Kleiderlager zu räumen. Die Preise sind geradezu lächerlich billig und die 11 Schaufenster legen jeden in Erstaunen.

